



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung,
Digitalisierung und Gesundheit der
Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 26.01.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung des
Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit
am Dienstag, 31. Januar 2023, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.12.2022

Bereich Gesundheit

2. 21-V-53-0011

ANLAGE - DL 45/21-22

Initiierung eines Modellprojekts im Rhein-Main-Gebiet zur Legalisierung von Cannabis

- Beschluss Nr. 108 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 21.09.2021 -
- Beschluss Nr. 700 der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2021 -

3. 21-A-83-0001

Aktueller Sachstandsbericht zum Coronavirus/COVID-19

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung

4. 23-F-69-0009

ANLAGE

Karstadt-Standort jetzt sichern!

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 -
- Beschluss Nr. 180 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 08.11.2022 -

In einem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die LINKE, Volt, FW/Pro Auto und BLW/ULW/BIG vom 08.11.2022 wurde der Magistrat u. a. gebeten, „das Gespräch mit der Geschäftsleitung, der örtlichen Filialleitung, Betriebsrat und Ver.di zu suchen, um auszuloten, welche Möglichkeiten es gibt, die Standorte zu erhalten und regelmäßig über die Ergebnisse der Gespräche zu informieren.“

In den vergangenen drei Monaten seit Bekanntwerden der Anordnung des Schutzschirmverfahrens über die Warenhauskette Galerie Karstadt Kaufhof ist - wie der öffentlichen Presseberichterstattung zu entnehmen war - reichlich Dynamik in die Lösung der Standortfragen der betroffenen Standorte gekommen. So war die Zahl der von einer Schließung betroffenen Standorte von zunächst 40 auf im Laufe des Dezember 90 Standorte angewachsen. Mittlerweile ist von 60 zu schließenden Standorten auszugehen.

Laut medialer Berichterstattung sollen in Wiesbaden beide Häuser geschlossen werden. Die Schließung auch nur eines der beiden Standorte in Wiesbaden wäre ein herber Schlag in das Kontor für die Attraktivität und das Mobilisierungspotential der Wiesbadener City sowie für die dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über den Sachstand der bereits vor fast drei Monaten angekündigten Gespräche mit dem Karstadt-Konzern über die Zukunftsfähigkeit der Wiesbadener Standorte zu berichten und einen aktuellen Tätigkeitsbericht über die im Nachgang zum Beschluss vom 08.11.2022 (22-F-76-0002) veranlassten Maßnahmen vorzulegen.

5. 23-F-05-0001

Ein Lilienpfad für Wiesbaden - Eine Tour de force für Touristen in Wiesbaden

- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.01.2023 -

Die französische Stadt Dijon setzt seit Jahren auf ein erfolgreiches System zur Führung der Touristen durch das historische Stadtzentrum. Dabei sind die Gäste nicht auf einen Stadtführer angewiesen, sondern folgen in den Boden eingelassenen Eulen entlang der historischen Sehenswürdigkeiten. Die Gäste können über eine App oder eine in der Tourist Information erhältliche Papierkarte zusätzliche Informationen erhalten. Die Tour führt dabei nicht nur an klassischen Sehenswürdigkeiten vorbei, sondern auch an interessanten Verweilmöglichkeiten, wie z.B. Märkten und Cafés.

Ähnlich wie Dijon verfügt Wiesbaden über eine historisch bedeutende Altstadt, sowie mehrere über das gesamte Innenstadtgebiet verteilte Sehenswürdigkeiten. Im Rahmen der neuen Destination Wiesbaden Rheingau sollte die LHW daraufsetzen, Touristen möglichst niedrigschwellige Angebote zur Entdeckung unserer Stadt zu machen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept für einen Tourismuspfad zu erarbeiten, der Touristen, Kongressbesucher und Gäste auf einem maximal zweistündigen Spaziergang an den wichtigsten Sehenswürdigkeiten der erweiterten Wiesbadener Innenstadt vorbeiführt. Unsere Gäste sollen dabei anhand von in der Straße eingelassenen Wegweisern (z.B. Lilien) geführt werden.

6. 23-F-15-0003

Auslastung Ausländerbehörde

- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 24.01.2023 -

Ende des vergangenen Jahres ist bekannt geworden, dass in vielen kommunalen Ausländerbehörden eine hohe Anzahl von Online-Anträgen bzw. Anfragen vorliegen, die einfach nicht bearbeitet werden bzw. beantwortet werden können.

In München geht es dabei um 25.000 Fälle. Betroffen davon sind ausländische Fachkräfte, hierbei zum großen Teil um Akademiker, die in Deutschland arbeiten oder nach Deutschland kommen wollen. Aber auch Arbeitgeber wollen und müssen jederzeit den aufenthaltsrechtlichen Status ihrer Mitarbeiter prüfen.

Es stellt sich die Frage, ob diese Situation angesichts des in unserem Lande herrschenden Fachkräftemangels noch akzeptabel ist. Dem Ruf der Ausländerbehörde als ein „Welcome Center for Professionals“ wird hiermit erheblicher Schaden zugefügt. Ein zentrales Vorhaben aller politischen Kräfte, mehr Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen, scheitert offensichtlich an überlasteten Ausländerbehörden bzw. an hohen bürokratischen Hürden.

Es drängt sich deshalb die Frage auf, ob und wie sich die Situation in Wiesbaden darstellt und wie sie sich gegebenenfalls verbessern lässt.

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, ob es in Wiesbaden in der hiesigen Ausländerbehörde auch so eine verhältnismäßig hohe Anzahl nicht bearbeiteter Online-Anträge bzw. Anfragen von ausländischen Arbeitskräften, bzw. deren Arbeitgeber gibt,
2. wenn ja, welche Gründe liegen dafür vor,
3. wenn ja, sollte des Weiteren der Magistrat unter Berücksichtigung von Punkt 2 aufgefördert werden, ein Konzept zur Lösung dieser Probleme zu erarbeiten, und dem Ausschuss vorzustellen.

7. 22-F-69-0078

ANLAGE

Stellenbesetzungsverfahren City Manager

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 30.11.2022 -
- Beschluss Nr. 192 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 06.12.2022 -
- Vorstellung des Konzeptes Citymanager durch Dezernat IV -

8. 23-F-22-0007

ANLAGE

Niedrigschwellige Verkaufsförderung für die Wiesbadener Winzer - Umsetzung des Beschlusses Nr. 0035 vom 22. März 2022

- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 25.01.2023 -
- Beschluss Nr. 35 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 22.03.2022 -

Die Unterstützung lokaler Landwirte bei der Vermarktung ihrer Produkte ist der Wiesbadener Politik parteiübergreifend ein großes Anliegen. In diesem Sinne beschloss der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 22. März des vergangenen Jahres auf Antrag von FDP und CDU eine Bitte an den Magistrat, gemeinsam mit den Wiesbadener Winzern die rechtliche Konformität sowie mögliche Standorte für einen Verkaufsautomaten für Weinflaschen zu prüfen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. ob ein Jahr nach dem Beschluss bereits Gespräche mit den Wiesbadener Winzern aufgenommen wurden, um einen Standort für den Weinverkaufsautomaten zu finden.
2. welches Ergebnis die rechtliche Prüfung erbracht hat.
3. wann - ein positives Ende der Prüfung vorausgesetzt - mit einer Aufstellung des Verkaufsautomaten zu rechnen ist.

9. 23-F-69-0008

Evaluation (Kinder-)sternschnuppenmarkt

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 25.01.2023 -

Sternschnuppenmarkt und Kindersternschnuppenmarkt haben im Dezember 2022 wieder zahlreiche Besucher aus der Region nach Wiesbaden gelockt. Die Märkte umfassten gastronomische Angebote, Warenverkaufsstände und Lichtinszenierungen zur stimmungsvollen Gestaltung und besondere Unterhaltungsprogramme für Kinder auf dem Kindersternschnuppenmarkt.

Bereits im letzten Jahr ist auch in der Medienberichterstattung positiv hervorgehoben worden, dass es für die Kinder besonders wichtig gewesen ist, nach der Corona-Pandemie und der fehlenden weihnachtlichen Stimmung überall wenigstens kleine Lichtblicke zu sehen.

Allerdings waren bis ins vergangene Jahr hinein die Märkte mit Corona-Auflagen belegt, weswegen Händler und Besucher bei den Märkten 2021/2022 noch mit Einschränkungen konfrontiert waren.

Aus diesen Gründen ist es im Nachhinein von Relevanz zu erfahren, wie sich die entsprechenden Zahlen der Märkte vor, während, und nach der Corona-Pandemie entwickelt haben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie sich die Besucherzahlen im Vergleich zu 2021 und zum letzten Vor-Corona-Jahr 2019 entwickelt haben,
2. wie sich der Umsatz im Vergleich zu 2021 und zum letzten Vor-Corona-Jahr 2019 entwickelt hat,
3. wie sich die Zufriedenheit der Händler im Vergleich zu 2021 und zum letzten Vor-Corona-Jahr 2019 entwickelt hat und welche Verbesserungen - falls nötig - der Magistrat aufgrund dessen für die kommenden Sternschnuppenmärkte gedenkt umzusetzen.

10. 21-F-63-0057

ANLAGE

Ein „Social and Sustainability Startup-Hub“ für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -
- Beschluss Nr. 43 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 22.03.2022 mit Zwischenbericht Dezernat II vom 25.02.2022 -
- Aktueller Sachstand -

Bereich Digitalisierung

11. 21-F-72-0002

Umsetzungsstand des Onlinezugangsgesetzes für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 30.06.2021 -
- Aktueller Sachstand -

12. 23-F-63-0019

ANLAGE

Sachstand zu Antrag 22-F-63-0036 Einsatz von Open-Source (OS) IT-Lösungen und Einsatz des Prinzips "Public Money, Public Code"

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 25.01.2023 -
- Beschluss Nr. 60 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.05.2022 -

Mit Beschluss 0060 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit am 17. Mai 2022 wurde der Magistrat aufgefordert, ein zentrales Monitoring für OS-Anwendungen einzurichten und bei Software-Neuanschaffungen gezielt OS-Lösungen als gleichwertige oder sogar bessere Alternativen in Betracht zu ziehen und zu prüfen. Mit dem Prinzip „Public Money, Public Code“ (öffentliche Gelder, öffentlicher Quellcode) können zudem bestimmte Software-Eigenentwicklungen der Landeshauptstadt der Öffentlichkeit unter der Verwendung von offenen Lizenzen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

Im Ausschuss den aktuellen Sachstand zum Antrag 22-F-63-0036 "Einsatz von Open-Source (OS) IT-Lösungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Wahrung der digitalen Souveränität" darzulegen.

Dabei soll unter anderem auf folgende Punkte eingegangen werden:

1. welche IT-Lösungen im Jahre 2022 angeschafft wurden und welche die hierbei geprüften Open-Source-Anwendungen waren.
2. falls von der Anschaffung von OS-Lösungen abgesehen wurde, darzulegen, warum diese nicht höher oder gleichwertig waren.
3. Ob und welche Software-Eigenentwicklungen der LHW existieren oder geplant sind, die der Öffentlichkeit unter der Verwendung von offenen Lizenzen nach dem Prinzip "Public Money, Public Code" kostenfrei zur Verfügung gestellt werden können.

12.1 22-F-16-0003

ANLAGE

Open Source

- Antrag der Fraktion BLW-ULW-BIG vom 02.05.2022 -
- Beschluss Nr. 59 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 17.05.2022 -
- Aktueller Sachstand -

13. 23-F-63-0020

Einsatz digitaler Arbeits- und Organisationstools in der Stadtverwaltung

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 25.01.2023 -

Amt 15 stellt den Ämtern der Stadtverwaltung verschiedene DSGVO-konforme digitale Arbeits- und Organisationstools u.a. zur internen Anwendung Verfügung (bspw. Awork, desk.ly, Digitale Signatur bei PDF-Dokumenten per xChange-editor etc.). Zudem werden bei Bedarf ebenfalls Schulungen für den richtigen Einsatz der verschiedenen Anwendungen angeboten. Der Einsatz digitaler Arbeitstools kann vorteilhaft sein, da sie es ermöglichen, Arbeitsprozesse effizienter und schneller durchzuführen.

Sie können auch dazu beitragen, die Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Teammitgliedern zu verbessern und Daten sicherer und leichter zugänglich zu machen. Darüber hinaus können digitale Tools auch dazu beitragen, die Produktivität von Mitarbeitern zu erhöhen und die Kosten zu senken. Ein weiterer Ausbau der Bereitstellung geeigneter Tools ist daher zu begrüßen und die bisherige Nutzung sollte analysiert werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten schriftlich zu berichten

1. Welche digitalen Arbeits- und Organisationstools stehen in der Stadtverwaltung zur Verfügung?
2. Wie wird die Nutzung/Leistung der zur Verfügung stehenden Tools analysiert und evaluiert? Wie werden die Ergebnisse vom Magistrat beurteilt?
3. In welchen Ämtern/Dezernaten wird die digitale Signatur verwendet und in welchen nicht?
4. Wie kann der Einsatz digitaler Tools in der gesamten Stadtverwaltung ausgeweitet, einheitlich gestaltet und für die stadtweite, übergreifende Zusammenarbeit effektiv verwendet werden?
5. Ist angedacht weitere digitale Arbeits- und Organisationstools zur Verfügung zu stellen? Falls ja, welche?

14. 23-F-89-0001

Ausfall der IT-Infrastruktur der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und Freie Wähler/Pro Auto vom 25.01.2023 -

Am 17.01 ist in Wiesbaden die IT-Infrastruktur ausgefallen, wovon sämtliche Computer- und Telefonsysteme betroffen waren und damit auch die etwa 5.000 städtischen Arbeitsplätze. Ebenfalls betroffen waren auch die städtische Feuerwehr und die Polizei, wobei die Notrufnummern 110 und 112 weiterhin jederzeit erreichbar waren. Laut Stadt war die IT-Infrastruktur wegen eines Hardware-Defekts und eines „komplexen Software-Problemen“ ausgefallen. Die genaue Ursache müsse allerdings noch ermittelt werden, wobei es wohl keine Hinweise auf einen Cyberangriff gab.

Da immer mehr Dienstleistungen der Stadt digital angeboten werden und zukünftig möglichst alle Dienstleistungen digital angeboten werden sollen, kann ein derartiger IT-Ausfall allerdings einen entsprechend großen Schaden mit sich bringen, weshalb eine lückenlose Aufklärung des Ausfalls von großer Bedeutung ist.

Der Ausschuss möge beschließen

Der Magistrat möge berichten,

1. ob und in welchem Umfang es im letzten Jahr zu ähnlichen Vorfällen gekommen ist und ob sich daraus ergibt, dass sich Vorfälle solcher Art im Vergleich zu den Vorjahren häufen,

2. ob der Gesamtschaden, der durch den IT-Ausfall am 17.1.23 entstanden ist schon beziffert werden kann,
3. ob es ein Konzept gibt, um auch die interne Kommunikation für die Mitarbeiter der Stadt aufrecht zu erhalten, falls es erneut zu einem solchen Vorfall kommen sollte,
4. welches Konzept die Landeshauptstadt hat, um in Zukunft solche Ausfälle zu verhindern,
5. welche Konsequenzen sich ergeben, wenn ein IT-Ausfall auch mal mehrere Tage dauern würde vor allem vor dem Hintergrund, immer mehr Dienstleistungen digital angeboten werden.

15. 22-A-83-0003

Aktuelles aus dem Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung

Bereich Allgemeines:

16. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-63-0115

ANLAGE

Kinderklinik und Geburtshilfe in der HSK

- Antrag der Fraktionen DIE LINKE., Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 02.11.2022 -
- Bericht des Dezernates II vom 15.12.2022 -

2. 22-V-82-0017

DL 03/23-4

Anpassung des Kostendeckungsgrades für die Märkte der Landeshauptstadt Wiesbaden

3. 22-V-82-0021

DL 02/23-2 NÖ, 01/23-15

Weiterentwicklung Theatrium 2023 - 2025

4. 23-A-83-0001

ANLAGE

Jahresbericht 2022 Patientenfürsprecher Helios HSK

5. 23-A-83-0002

ANLAGE

Jahresbericht 2022 Patientenfürsprecherin Asklepios-Paulinen Klinik

Tagesordnung III - nicht öffentliche Vorlagen

1. 22-V-82-0020

DL 03/23-1 NÖ

Kostenabrechnung Theatrium 2022

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Hoffmann-Fessner
Vorsitzende